

OA-Update/01, 20.01.2021

Russland



Mit der ersten Ausgabe des Russland-Updates im neuen Jahr möchten wir Ihnen ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2021 wünschen. Im neuen Jahr beschäftigt das Thema Impfstoff und dessen Verfügbarkeit die Welt. Russlands Präsident Putin hat zu Beginn des Jahres eine Ausweitung der Impfkampagne gegen Covid-19 angeordnet. Weiterhin gab es ein

Telefonat zwischen Bundeskanzlerin Merkel und Präsidenten Putin, bei dem über „mögliche Perspektiven der gemeinsamen Produktion von Impfstoffen“ gesprochen wurde, wie der Kreml mitteilte. Details zu Impfstoff oder Produktionsstandort wurden nicht übermittelt. Allerdings teilte Kirill Dmitriew, Chef des Russian Direct Investment Fund (RDIF), mit, dass die erste Stufe der Zulassung des russischen Coronaimpfstoffs Sputnik V für die EU für den 19. Januar geplant sei. Der Antrag auf Zulassung bei der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) wurde laut Dmitriew Ende Oktober 2020 gestellt. Bislang liegen bereits in Bolivien, Argentinien, Serbien und Belarus Zulassungen für „Sputnik V“ vor. Russland hat darüber hinaus Lieferabkommen für seinen Impfstoff mit Indien, Usbekistan, Venezuela und Algerien abgeschlossen.

Hier die wichtigsten Entwicklungen im Detail:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Die aktuellen Geschehnisse rund um den **Fall Nawalny** führen zu weiteren Spannungen in den Beziehungen zwischen der EU und Russland. Die Verhaftung Alexej Nawalyns nach seiner Einreise in Russland hat eine neue Sanktionsdebatte ausgelöst. EU-Kommissionssprecher Peter Stano erklärte, die EU arbeite an einer Antwort auf die Verhaftung Nawalyns. In einem Eilverfahren wurde der Oppositionspolitiker zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt. Am 2. Februar wird zudem ein Moskauer Gericht darüber verhandeln, ob eine umstrittene Bewährungsstrafe aus dem Jahr 2014 in eine Haftstrafe umgewandelt wird. In diesem Fall drohen ihm mehrere Monate bis maximal 3,5 Jahre Freiheitsentzug. Nawalny wird vorgeworfen, durch seinen langen Krankenaufenthalt in Deutschland gegen Meldeauflagen verstoßen zu haben. Kurz nach seiner Verhaftung veröffentlichte Nawalny auf seinem YouTube-Kanal einen zweistündigen Beitrag, in dem er Korruptionsvorwürfe gegen Präsident Putin erhebt.

Die scheidende Trump-Administration hat am 18. Januar erstmals **Sanktionen gegen ein an Nord Stream 2 beteiligtes Unternehmen** verhängt. Diese richten sich gegen das russische Pipeline-Verlegeschiff „Fortuna“ und dessen Betreibergesellschaft KVT RUS. Der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes sieht in den Maßnahmen eine Belastung für den Neustart in den transatlantischen Beziehungen nach dem Machtwechsel im Weißen Haus. „Dennoch sehen wir weiter eine gute Möglichkeit, dass die Bundesregierung mit der neuen Biden-Administration eine Lösung finden wird, die die zeitnahe Fertigstellung und den Betrieb der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 ermöglicht“, sagt Hermes. Zuvor hatten die USA Ende 2019 allein durch Androhungen von Sanktionen bereits das Schweizer Unternehmen Allseas mit seinen Verlegeschiffen aus dem Projekt gedrängt. In den ersten Januar-Wochen zogen sich zudem laut Medienberichten der Schweizer Versicherer Zurich, der Zertifizierer DNV-GL (Norwegen/Deutschland), das Beratungsunternehmen Rambøll (Dänemark) und die deutsche Bilfinger SE aus dem Projekt zurück und reagierten damit auf ein neues US-Sanktionsgesetz, das zum 1. Januar in Kraft trat. Das aktuelle Statement des Ost-Ausschusses zu den verhängten US-Sanktionen finden Sie [hier](#).

Das Parlament Mecklenburg-Vorpommerns hat am 7. Januar 2021 mit den Stimmen der SPD, CDU und der Linken die Gründung einer landeseigenen gemeinwohlorientierten „**Stiftung Klimaschutz MV**“ beschlossen. Diese soll sich der Förderung von Projekten zum Umwelt-, Natur-, und Klimaschutz widmen, insbesondere auch dadurch, dass sie einen Beitrag zur Realisierung der Erdgas Pipeline Nord Stream 2 zu leisten versucht. Dazu ist neben einem Geschäftsführer für den ideellen Bereich auch ein „sachverständiger Geschäftsführer“ für einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der Stiftung vorgesehen. Diese Position wird laut Satzung in den ersten drei Jahren durch die Nord Stream 2 AG besetzt. Von dieser kommt auch der wesentliche Teil der Anschubfinanzierung für die Stiftung in Höhe von 20 Millionen Euro. 200.000 Euro will das Land in die Stiftung einbringen. Auch im 16-köpfigen Kuratorium der Stiftung soll die Nord Stream 2 AG mit zwei Personen vertreten sein, ebenso viele Plätze sollen Umweltschutzgruppen besetzen. Das federführende Energieministerium des Landes beschreibt die Stiftung in einer Stellungnahme als eine Art „Warenlager“. Ein wesentliches Ziel des Geschäftsbetriebes soll es demnach sein, Bauteile und Maschinen zu kaufen, welche für die Bauarbeiten an der Pipeline notwendig sind. Man hofft so, die Lieferanten vor US-Sanktionen zu schützen und setzt dazu auf einen neuen Passus im US-Sanktionsgesetz PEESCA, laut dem Vertreter

europäischer staatlicher Stellen von Sanktionen ausgenommen sein sollen. Allerdings enthält dasselbe Gesetz bereits die Einschränkung, dass geschäftliche Aktivitäten von Behörden nicht von Sanktionen freigestellt werden würden.

Mit dem neuen Jahr beginnt die Umsetzung einer Verschlankung des russischen Verwaltungsapparats mit der von Premierminister Mikhail Mischustin initiierten „**Reform der öffentlichen Verwaltung**“. Neben Stelleneinsparungen in Ministerien und Ämtern sollen auch zahlreiche staatliche Agenturen und Gesellschaften aufgelöst bzw. unter neuem Dach vereint werden. Einige der für deutsche Unternehmen relevanten Agenturen sollen künftig unter dem Dach der Entwicklungsbank VEB vereint werden, darunter die Mittelstandsagentur MSP, das Russische Exportzentrum REZ und die Exportkreditversicherung EXIAR.

Wir hatten in unserem letzten Update berichtet, dass es ab dem 1. Januar 2021 weitreichende **Einreiseerleichterungen** mit einem elektronischen Visum nach Russland geben wird. Allerdings wurde laut russischem Außenministerium die Herausgabe der E-Visa aktuell ausgesetzt, um eine Ausbreitung von Covid-19 zu verhindern. Diese Maßnahme gilt bis auf weiteres. Erleichterungen sollte es unter anderem für Familienangehörige von ausländischen hochqualifizierten Spezialisten (HQS) geben: Laut einer Regierungsverordnung von Ende 2020 dürfen diese zusammen mit ihren Familienangehörigen nach Russland einreisen. Die Regelung betrifft Ehepartner, Eltern, Kinder sowie Adoptiveltern und -kinder. Die Einreise muss mit den Grenzschutzbehörden des FSB und dem russischen Innenministerium abgestimmt werden.

Konjunktur

Für 2021 erwartet die Weltbank ein **Wachstum der russischen Wirtschaft** von 2,6 Prozent nach einem Rückgang von vier Prozent im vergangenen Jahr. Für die Eurozone sagt die Weltbank ein Plus von 3,6 Prozent voraus (nach einem Rückgang von 7,4 Prozent in 2020).

Für das abgelaufene Jahr hat die Statistikbehörde Rosstat in Russland eine **Inflationsrate** von 4,9 Prozent festgestellt (2019: 3,04 Prozent). Besonders stark stiegen im vergangenen Jahr die Lebensmittelpreise (um 6,7 Prozent), Zucker beispielsweise um fast 65 Prozent.

Der **deutsch-russische Handelsumsatz** sank nach den aktuell durch den Ost-Ausschuss ausgewerteten Statistiken im Zeitraum Januar bis November 2020 um 23,4 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Einfuhr russischer Waren nach Deutschland ging dabei um 31,6 Prozent zurück, die Ausfuhr nach Russland um 14,0 Prozent.

Auch die **Zahl deutscher Unternehmen in Russland** ist laut den von der AHK Moskau ausgewerteten Angaben der russischen Steuerbehörde im Jahr 2020 um sieben Prozent gesunken. Während 2019 noch 4.279 Firmen mit deutscher Beteiligung in Russland registriert waren, waren es Ende 2020 nur noch 3971.

Projekte

Das Tochterunternehmen des russischen Monopolisten Rosatom, Novawind, hat in diesem Monat in der Region Stawropol den **größten russischen Windpark** ans Netz gebracht. Der Kotschubejewskij-Windpark erreicht mit 84 Windrädern eine Gesamtleistung von 210 Megawatt. Bis 2024 will Rosatom neue Windparks mit einer Gesamtleistung von 1,2 Gigawatt in Betrieb nehmen.

Der russische **Messe- und Ausstellungsveranstalter ROSCONGRESS** – u.a. Veranstalter des St. Petersburg International Economic Forum (SPIEF) – hat einen Telegram-Kanal in englischer Sprache eingeführt (t.me/RoscongressDirect), wo aktuelle Informationen zu bevorstehenden Veranstaltungen veröffentlicht werden.

Veranstaltungsnachlese

Am **8. Dezember 2020** fand der **24. Osteuropa-Salon am Brandenburger Tor** erstmals als virtuelles Format statt. Rund 40 Teilnehmer diskutierten auf Einladung der Commerzbank und des Ost-Ausschusses unter dem Motto „Alles besser unter Biden?“ über die mögliche Neuausrichtung der US-Politik und damit verbundene Auswirkungen auf Russland und die Region Mittel-Osteuropa. Zu den Impulsgebern gehörten Alexander Schönfelder, Beauftragter für Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaftsförderung im Auswärtigen Amt, Renata Alt (MdB-FDP), Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, David Wilkens, Counsellor Economic Affairs an der deutschen Botschaft in Moskau und Dr. Josef Braml, Leiter des Amerika-Programms der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik der DGAP.

Am **9. Dezember** stellten der Ost-Ausschuss und die AHK Moskau in einer gemeinsamen Online-Pressekonferenz die Ergebnisse der jüngsten **Geschäftsklimaumfrage Russland** vor. Die Erwartungen der deutschen Unternehmen für den russischen Markt haben sich vor dem Hintergrund der Corona-Krise demnach spürbar eingetrübt. Vor allem die starke Abwertung des Rubel und die coronabedingten Grenzschießungen machen den Unternehmen zu schaffen. Große Sorge bereitet auch die politische Krise im deutsch-russischen Verhältnis. Mit ihrer eigenen Geschäftslage sind die deutschen Unternehmen im Russland-Geschäft dennoch überwiegend zufrieden. An der Umfrage haben sich 109 Unternehmen beteiligt, die in Russland 60.000 Mitarbeiter beschäftigen und 13 Milliarden Euro umsetzen. Den vollständigen Bericht und alle Ergebnisse finden Sie [hier](#).

Am **11. Dezember 2020** nahm ein neues Gremium unserer bilateralen Beziehungen seine Arbeit auf: der **Deutsch-Russische Unternehmerrat**. Die Sitzung wurde vom russischen Minister für wirtschaftliche Entwicklung Maksim Reschetnikow und dem Ost-Ausschuss-Vorsitzenden Oliver Hermes eröffnet. Der neue Unternehmerrat wird in enger Abstimmung mit den jeweiligen Regierungen, der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer (AHK Russland) und russischen Wirtschaftsverbänden tagen. Den gemeinsamen Vorsitz auf deutscher Seite übernehmen der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes und der Präsident der AHK Russland Rainer Seele. Mitglieder sind hochrangige Unternehmens- und Verbandsvertreter aus beiden Ländern. Auf russischer Seite werden außerdem die Vizeminister aller für Wirtschaftsthemen

relevanten Ministerien und Behörden teilnehmen. Den russischen Vorsitz übernimmt der Minister für wirtschaftliche Entwicklung Maksim Reschetnikow.

Anlässlich der Sitzung gaben Bundesaußenminister Heiko Maas und sein russischer Amtskollege Sergej Lawrow mit vorab aufgezeichneten Grußworten außerdem den Startschuss für das **Deutsch-Russische Themenjahr „Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung 2020-2022“**. Der Ost-Ausschuss ist auf deutscher Seite im Auftrag des Auswärtigen Amtes die Durchführungsorganisation für das **bilaterale Themenjahr**. Vor dem Hintergrund des Themenjahres werden Energie und Klimaschutz zu den ersten Themenschwerpunkten des Unternehmerrats gehören. Unter anderem sollen Kooperationschancen für beide Länder beim europäischen Green Deal und beim Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft aufgezeigt werden. Darüber hinaus werden die Themen Digitalisierung sowie die Agrar- und Gesundheitswirtschaft eine wichtige Rolle spielen. Außerdem soll es um Mobilitätslösungen der Zukunft und strukturelle Fragen wie die technische Regulierung, die Lokalisierung deutscher Unternehmen in Russland, die duale Berufsausbildung und den Export aus Russland gehen.

Die Pressemitteilung zur Gründung des Deutsch-Russischen Unternehmerrats und zur Eröffnung des Themenjahres „Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung“ finden Sie [hier](#). Alle Informationen zum Deutsch-Russischen Themenjahr finden Sie auf der [Website](#).

Am **17. Dezember 2020** fand die erste Veranstaltung im Rahmen des Deutsch-Russischen Themenjahres „Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung“ zum Thema **„Die russische Digitalwirtschaft in Zeiten der Pandemie: Trends, Herausforderungen, Chancen für eine deutsch-russische Zusammenarbeit“** statt. Trotz der Corona-Pandemie ist die Situation in der Digitalwirtschaft besser als die Lage vieler anderer Branchen. Der flächendeckende Rückzug von Mitarbeitern ins Homeoffice führte zu einem explosiven Wachstum des Marktes für E-Commerce und elektronische Dienstleistungen. Darüber hinaus hat die russische Regierung beispiellose Maßnahmen ergriffen, um die heimische IT-Industrie zu unterstützen, insbesondere im Bereich Softwareentwicklung. Bei der virtuellen Podiumsdiskussion mit den Mitgliedern und Partnern der German-Russian Initiative for Digitalization (GRID) wurden Fragen zur Digitalisierung von industriellen Produktionsprozessen („Industrie 4.0“) sowie zum Ausbau der bilateralen Beziehungen in der Digitalwirtschaft diskutiert.

Ebenfalls am **17. Dezember 2020** eröffneten die bayrische Landtagspräsidentin Ilse Aigner und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger das **virtuelle Russland-Forum „Brücken bauen in schwierigen Zeiten“**, das der Ost-Ausschuss (OA) und das OWWF Bayern gemeinsam organisierten. Beide sprachen sich trotz aller politischen Schwierigkeiten für eine Kooperation mit Russland aus. OWWF-Präsident Eberhard Sinner unterstrich die Bedeutung des Dialogs von NGOs und Zivilgesellschaften und erinnerte an die Vision eines gemeinsamen Wirtschaftsraums. OA-Geschäftsführer Michael Harms warb für Zusammenarbeit insbesondere in der Handelspolitik, bei Energie und Klima und bei der Digitalisierung. Russland sei ein Verbündeter beim Kampf für eine multilaterale Welthandelsordnung. Harms rief die Teilnehmer dazu auf, sich am deutsch-russischen Themenjahr Wirtschaft und Nachhaltige Entwicklung zu beteiligen, welches der OA von deutscher Seite betreut. Am Nachmittag diskutierten Unternehmensvertreter über verschiedene Bereiche der bilateralen Wirtschaftszusammenarbeit, darunter Infrastruktur, Logistik und Wertschöpfungsketten. Mehr erfahren Sie [hier](#).

Kommende Veranstaltungen

- **2020-2022: Deutsch-Russisches Themenjahr „Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.** Alle Informationen und aktuellen Veranstaltungen zum Themenjahr finden Sie [hier](#). Gern können Sie Ihre Projekte und Veranstaltungen unter der Rubrik „Ihr Projekt“ anmelden und in dieser Website aufnehmen lassen.
- **20. Januar 2021: „Deutsch-russische Kooperation für eine zukunftsfähige Agrar- und Ernährungswirtschaft“, [online-Veranstaltung im Rahmen der Internationalen Grünen Woche 2021](#)**
- **21. Januar 2021: Business Update Russland - Was tun? Empfehlungen für den deutschen Mittelstand, online – ANMELDUNG [hier](#)**
- **18. Februar 2021: 5th Virtual Community Conversation der Alumni der Deutsch-Russischen Gespräche Baden-Baden – [NUR FÜR ALUMNI](#)**

Tipps & Links

Eine umfassende Übersicht über alle **Corona-Hilfspakete** in Russland finden Sie auf der Seite der GTAI:

<https://www.gtai.de/gtai-de/trade/specials/special/russland/covid-19-versetzt-russlands-wirtschaft-schweren-schlag-242418>

Das amerikanische **Office of Foreign Asset Control** hat eine Liste erstellt, die Klarheit schaffen soll, welche Geschäfte trotz bestehender Sanktionen gegen den Iran, Venezuela, Russland und andere Länder umgesetzt werden dürfen, um die Eindämmung des Corona-Virus zu erleichtern. Das Fact Sheet ist hier zu finden: https://www.treasury.gov/resource-center/sanctions/Programs/Documents/covid19_factsheet_20200416.pdf

Die **Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft** steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in 29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie [hier](#). Für alle Ihre Fragen wenden Sie sich gerne an: **Almut Wetjen**, A.Wetjen@oa-ev.de, Tel.: 01577-3423 612.

Regionale Länder-Updates zu **Gesetzgebung, Rechtsprechung und behördliche Praxis** beim Noerr Corona Crisis Center: <https://www.noerr.com/de/landingpages/im-fokus-coronavirus#panel967B958976E44CD1A400638CC92E70E7>

Live-Ticker und News zum Coronavirus in Russland:

<https://rusland.ahk.de/infothek/news/detail/ahk-liveticker-coronavirus-in-russland>

Die **Association of European Businesses in Russland** bietet auf ihrer Covid-19-Seite aktuelle Updates zu föderalen und regionalen Anordnungen und Entscheidung sowie eine sehr gute Übersicht über Informationsseiten und Kontakten zu offiziellen Behörden und medizinischen Einrichtungen: https://aebrus.ru/en/news_covid19/

Weitere **Hintergrundinformationen** zur der Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [LinkedIn](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).

Kontakt



Dr. Christiane Schuchart

Regionaldirektorin Russland

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

T. +49 30 206167 123

C.Schuchart@oa-ev.de



Jens Böhlmann

Leiter Kontaktstelle Mittelstand für Russland

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

T. +49 30 206167-127

J.Boehlmann@oa-ev.de



Alena Akulich

Projektmanagerin Deutsch-Russisches Themenjahr für
Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung/

Deutsch-Russische Gespräche Baden-Baden

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Tel.: 030 206167-129

A.Akulich@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 206167-120
E-Mail: A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)